



<https://biz.li/3th9>

AG 60PLUS DER SPD LAATZEN ERGÄNZT VORSTAND UND FASST POLITISCHE BESCHLÜSSE

Veröffentlicht am 12.04.2016 um 14:06 von Redaktion LeineBlitz

Vor den Wahlen zum Vorstand sowie der Delegierten für die Unterbezirkskonferenz konnten die Mitglieder der AG 60plus im SPD-Ortsverein Laatzen ihren Bundestagsabgeordneten Dr. Matthias Miersch begrüßen. Es entwickelte sich eine spannende, etwa 70-minütige Diskussion nach den einführenden Worten von Miersch. Tenor dieser Diskussion war eindeutig: Die SPD muss sich mit dem bisher Erreichten nicht verstecken. Schwierig bleibt jedoch, dass scheinbar alle positiven Errungenschaften dem Koalitionspartner zugeschrieben werden und die als negativ empfundenen Aspekte werden eher der SPD angelastet. Das Bild der SPD in der Öffentlichkeit müsse deshalb noch klarer werden. Beispielsweise müsse eines der Kernthemen die "Soziale Gerechtigkeit" eindeutiger und unverwechselbarer dargestellt werden. "Die SPD muss Konflikte in der Koalition auch durchstehen und nicht um jeden Preis sofort die Verständigung suchen. Dieses insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass ein Teil unseres Koalitionspartners, die CSU in Bayern, sowieso macht, wie sie es will", sagte Miersch. Die Nachwahlen zum Vorstand der Arbeitsgemeinschaft 60plus gaben ein eindeutiges Bild der Geschlossenheit. Heinz Leimeister, bisher schon Beisitzer im Vorstand, wurde einstimmig zum neuen Vorsitzenden gewählt. Für die freien Beisitzerpositionen wurden ebenfalls einstimmig Rita Heitsch, Detlef Schild und Renate Schmidt gewählt. Der örtliche Vorstand der AG 60plus besteht nun wieder aus insgesamt zehn Personen. Desweiteren wurden vier Delegierte für die nächsthöhere Parteigliederung, die Unterbezirksebene gewählt. Ein letzter Punkt der Mitgliederversammlung betraf die politischen Anträge. Die Bandbreite der Anträge reichte von der zusätzlichen Schaffung bezahlbaren barrierefreien Wohnraumes, über ein zu etablierendes Anreizsystem/Aufklärungssystem zum verstärkten barrierefreien Ausbau des privat genutzten Wohnraumes bis zum schnelleren barrierefreien Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehr im gesamten Stadtgebiet. Weiterhin will die AG 60plus, dass sich alle Jugendlichen in Laatzen mittels eines zu entwickelnden akzeptierten Beteiligungsverfahrens demokratisch in die Politik einmischen und mitentscheiden können. Ein letzter Antrag behandelt die Forderung, dass niedersachsenweit in allen Schulen Fachpersonalstellen in der Sozialarbeit eingerichtet werden müssen. In der Stadt Laatzen hat die SPD dieses ohne finanzielle Unterstützung des Landes schon größtenteils umgesetzt.